

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

## AKTUELL

### Kunststoffe untersucht

(paff) - Das Amt für Gewässerschutz beteiligte sich an einer Kampagne der Kantone und des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUVAL) zur Kontrolle von Blei und Cadmium in Kunststoffen. Es wurden 29 Kunststoffproben untersucht, wovon zwei Proben sehr hohe Blei- und eine Probe sehr hohe Cadmiumwerte aufwies. Die erhöhten Werte wurden in Kunststoffen für die Fensterrahmenherstellung gefunden. Die Entsorgung solcher Kunststoffe führt zu sehr grossen Problemen. Der Einsatz von Schwermetallen in Kunststoffen wird in der Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (Stoffverordnung) geregelt.

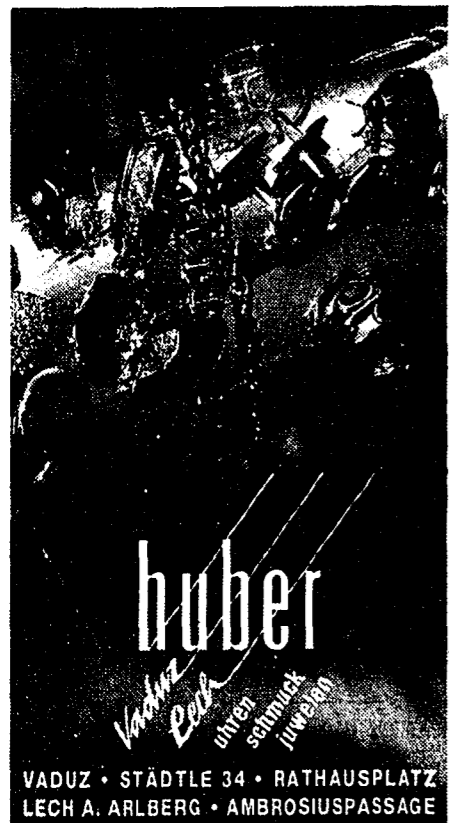
### Für rasche Revision des Stipendiengesetzes

Bern (AP) Die Revision des Stipendiengesetzes soll vorangetrieben werden. Mit zehn zu acht Stimmen hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates eine entsprechende Motion überwiesen. Demgegenüber wurde eine parlamentarische Initiative von Christine Goll (SP/ZH) aus finanzpolitischen Gründen mit 13 zu neun Stimmen abgelehnt, die das soziale Recht auf Bildungsförderung in der Bundesverfassung verankern wollte. Gemäss Mitteilung der Parlamentsdienste vom Freitag überwies die Kommission weiter eine Petition des Verbandes der schweizerischen StudentInnenenschaften (VSS), wonach in der Bundesverfassung ein gerichtlich durchsetzbarer Anspruch auf Ausbildungsbeiträge, die einen angemessenen Lebensstandard sichern, festgehalten werden soll.

### Mässige bis erhebliche Schneebrettgefahr

Davos (AP) In den Schweizer Alpen herrscht zurzeit eine mässige bis erhebliche Schneebrettgefahr. Vor allem in den Föhnhängen sind unterhalb 2000 Metern bis zu einer Abkühlung Nassschneerutsche möglich, wie das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung Weissfluhjoch-Davos am Freitag mitteilte.

Eine erhebliche Schneebrettgefahr herrscht gemäss dem jüngsten Lawinenbulletin am Alpenstüdhang, Alpenhauptkamm einschliesslich Engadin und Mittelbünden. Gefährlich sind vor allem Steilhänge der Expositionen Nordwest bis Nordost oberhalb rund 1800 Metern. Bei weiteren Schneefällen müssen vermehrt auch Steilhänge der übrigen Expositionen als kritisch bezeichnet werden.



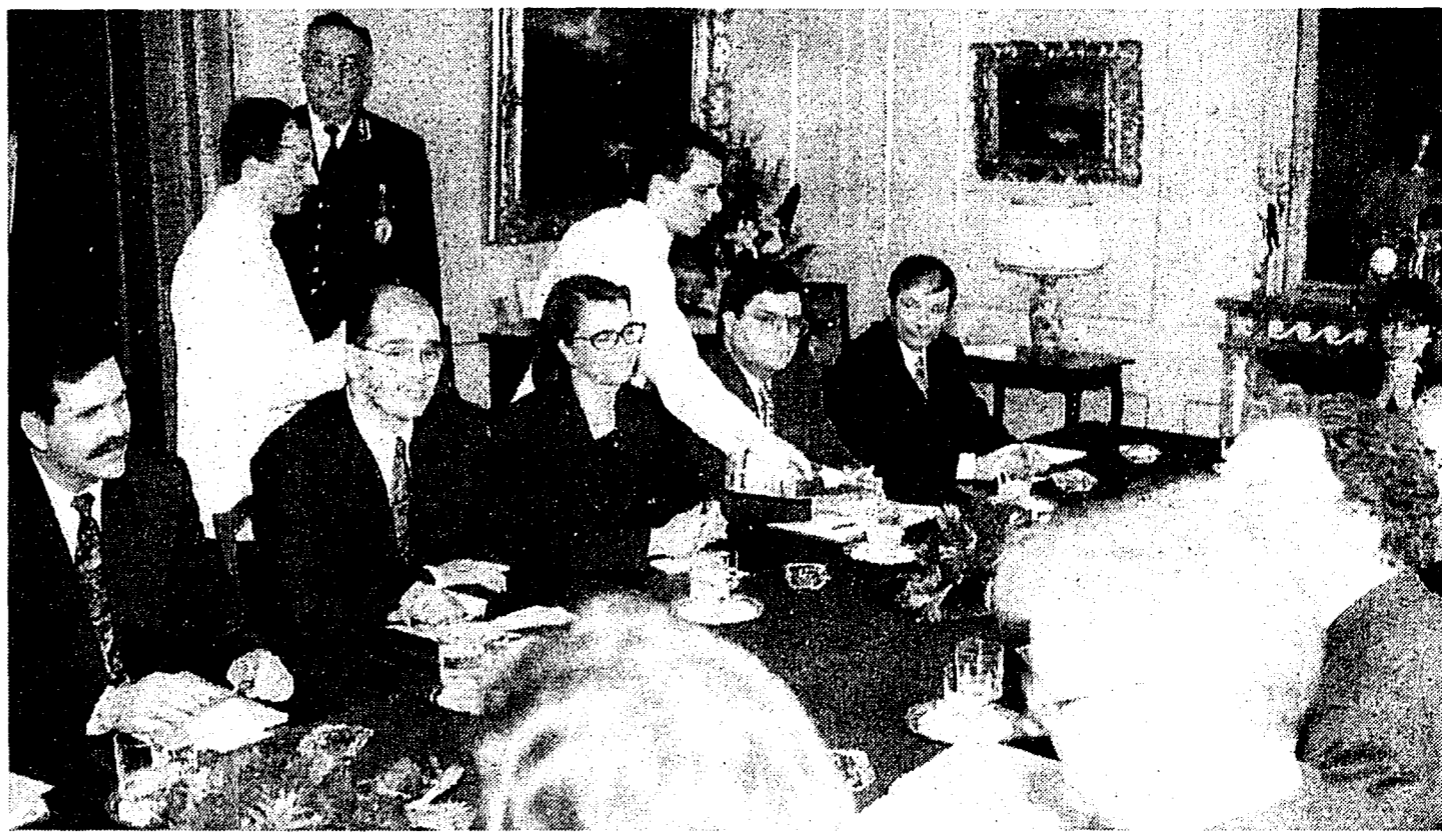
## Weiterer Meinungsaustausch über den geplanten EWR-Beitritt

Regierungschef Dr. Mario Frick, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und Regierungsrätin Dr. Andrea Willi waren in Bern

(G.M.) - Der Höflichkeitsbesuch einer liechtensteinischen Regierungsdelegation beim schweizerischen Bundesrat in Bern erbrachte offenbar keine konkreten Ergebnisse. Wie einer Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Regierung entnommen werden kann, gab es einen Meinungsaustausch über den geplanten EWR-Beitritt Liechtensteins sowie eine Erörterung über die bevorstehende Einführung der Mehrwertsteuer.

Am Freitag reisten Regierungschef Dr. Mario Frick, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und Regierungsrätin Dr. Andrea Willi nach Bern, um sich mit Bundespräsident Otto Stich und Bundesrat Flavio Cotti zu einem Höflichkeitsbesuch zu treffen. Über das Gespräch teilte das Presse- und Informationsamt der Regierung Folgendes mit, nachdem Anfragen über eine Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen abschlägig beantwortet worden waren: «Der Besuch gab Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch, in dessen Mittelpunkt der geplante EWR-Beitritt Liechtensteins sowie die Frage der Mehrwertsteuer im Verhältnis Schweiz - Liechtenstein standen.

Der liechtensteinische Regierungschef sprach dem Bundesrat den Dank aus für das Verständnis und die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung einer Lösungsplattform zur Harmonisierung des bilateralen Vertragsverhältnisses im Hinblick auf einen liechtensteinischen EWR-Beitritt. Weiter wurde über den Stand der Gespräche Liechtensteins mit den EWR-Partnern orientiert. Die bevorstehende Einführung der Mehrwertsteuer wurde erörtert, und beide Seiten stimmten überein, dass in diesem Zusammenhang noch vertiefte bilaterale Abklärungen erforderlich sind.»



Die liechtensteinische Regierungsdelegation, die am Freitag in Bern mit dem schweizerischen Bundesrat bilaterale Gespräche über EWR, Zollvertrag und Mehrwertsteuer führte: von links Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel, Regierungschef Mario Frick, Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, Roland Marxer und Norbert Frick. (Bild: Keystone)

Das Treffen von gestern Freitag bildete die zweite Gesprächsrunde zwischen Mitgliedern der liechtensteinischen Regierung und des schweizerischen Bundesrates nach dem unterschiedlichen Ausgang der EWR-Abstimmungen in beiden Staaten. Bereits am 22. Juni 1993

waren S.D. Fürst Hans-Adam II. und der damalige Bundespräsident Adolf Ogi in Bern - in Begleitung von Regierungschef Markus Büchel und Wirtschaftsminister Dr. Michael Ritter sowie der Bundesräte Otto Stich, Jean-Pascal Delamuraz und Flavio Cotti - zusammengetroffen.

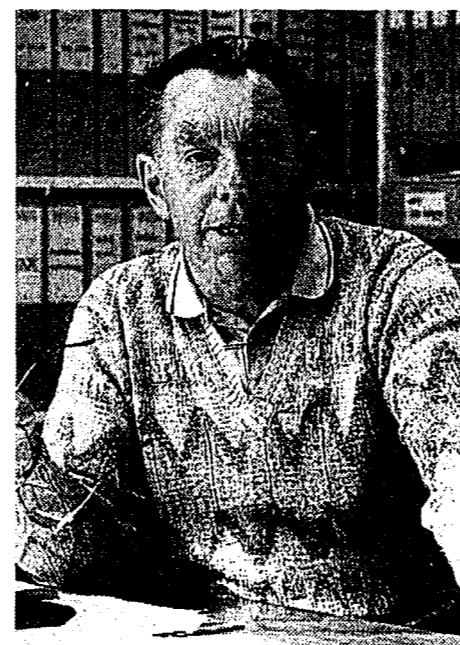
## LANV gegen Nacharbeit der Frauen

Eugen Büchel, LANV-Sekretär, zur Aufhebung des Nacharbeitsverbotes in der Schweiz

(G.M.) - Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) hat sich in der Vergangenheit immer gegen eine Lockerung des Nacharbeitsverbotes der Frauen ausgesprochen. Der schweizerische Bundesrat hat dieser Tage eine Teilrevision des Arbeitsgesetzes verabschiedet, die gleiche Ruhe- und Arbeitszeiten für Mann und Frau vorsieht. Nach Auskunft von LANV-Sekretär Eugen Büchel wird sich der Arbeitnehmerverband, wenn in unserem Land eine Vorlage zur Angleichung an die Schweiz vorgelegt werden sollte, gegen diese Neuerung aussprechen.

In der Schweiz verlangt ein Verfassungsauftrag die Gleichstellung von Mann und Frau auch in der Arbeitswelt. Der Bundesrat ist dieser Forderung mit einer Teilrevision des Arbeitsgesetzes nachgekommen, mit der die geltenden Sondervorschriften für Frauen für die Nacharbeit in Industrie und Gewerbe aufgehoben werden sollen.

Auch in unserem Land besteht der Auftrag für den Gesetzgeber, innerhalb einer bald ablaufenden Frist für die Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesetzgebung zu sorgen. Nach



LANV-Sekretär Eugen Büchel: Gegen eine Aufhebung des Nacharbeitsverbotes für Frauen.

Auskunft von LANV-Sekretär Eugen Büchel gilt die LANV-Haltung unverändert, dass der Schutz der Frauen -

bezüglich der Nacharbeit - wichtiger sei als die Gleichstellung. Der LANV habe sich in der Vergangenheit immer für den Vorrang des Schutzes gegenüber der Gleichstellung ausgesprochen, erklärte Büchel weiter, so dass er sich nicht vorstellen könne, dass in dieser Beziehung eine Änderung eintrete.

Das Nacharbeitsverbot für Frauen gilt derzeit in unserem Land noch wie in der Schweiz. Allerdings gibt es Ausnahmen, insbesondere im Gastgewerbe und in der Krankenpflege, während in der Industrie und im produzierenden Gewerbe die Beschäftigung von Frauen während den Nachtstunden nicht gestattet ist. In der Schweiz ist die Vorlage des Bundesrates zur Aufhebung des Nacharbeitsverbotes umstritten. Die Arbeitgeberorganisationen begrüßten den Schritt des Bundesrates als Möglichkeit zu mehr Flexibilität und zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, während der Schweizerische Gewerkschaftsbund von einem «äussersten Kompromiss» spricht. Frauenorganisationen kündigten jedoch Widerstand gegen die Vorstellungen des Bundesrates an.

## Zahl der Stellensuchenden stieg auf 188 167

Erhöhung der Arbeitslosenquote auf 5,2 Prozent - Nordmann sieht Anzeichen für Stabilisierung

Bern (AP) Die Zahl der bei den schweizerischen Arbeitsämtern eingeschriebenen Stellensuchenden ist bis Ende Januar auf 188 167 geklettert, 3779 mehr als ein Monat zuvor. Die Arbeitslosenquote stieg von 5,1 auf 5,2 Prozent. BIGA-Direktor Jean-Luc Nordmann sieht erste Zeichen einer Stabilisierung. Erstmals seit längerer Zeit nahm die Zahl der offenen Stellen wieder zu.

Am meisten Arbeitslose meldeten die Kantone Wallis (8,3%), Waadt (8,1%), Genf (8,0%), Tessin (7,8%) sowie Jura (7,1%) und Neuenburg (7,0%), wie aus der am Freitag veröffentlichten Statistik

des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) hervorgeht. Den geringsten Anteil an Stellensuchenden wiesen Appenzell Innerrhoden (1,7%), Graubünden, Obwalden und Uri (je 2,2%) sowie Glarus (2,5%) auf. Offiziell ausgeschrieben waren 4456 freie Arbeitsplätze, 568 mehr als im Dezember. Erstmals seit April 1993 nahm das Stellenangebot damit wieder zu.

Aus saisonalen Gründen nahm die Kurzarbeit im Dezember 1993 leicht ab. Nach Angaben des BIGA waren 37 092 Beschäftigte von dieser Massnahme betroffen, 1901 weniger als ein Monat zuvor, was einer Abnahme von 4,9 Prozent

entspricht. Dabei waren 2586 Betriebe betroffen, ein Betrieb weniger als im Vormonat. Die Zahl der Ausfallstunden sank um 6,6 Prozent auf 1 729 Millionen. Mit einer Reduktion der Ausfallstunden um 8,5 Prozent war die Abnahme der Kurzarbeit in der Deutschschweiz ausgeprägter als diejenige in der Westschweiz und im Tessin mit drei Prozent.

Auch wenn die Zunahme der Arbeitslosigkeit für jeden Betroffenen bedauerlich sei, habe sich unter Berücksichtigung der saisonalen Aspekte die Zunahme weiter abgeschwächt, sagte Nordmann. Das Januar-Ergebnis liege sogar leicht unter den Erwartungen.

## Neues Gesuch für Radio Liechtenstein

Die Bemühungen zur Erstellung eines liechtensteinischen Radiosenders gehen weiter. Die Radio-TV AG, die von der Regierung die grundsätzliche Bestätigung für eine Konzession erhalten hat, sofern sie die Finanzierungsfrage löst, arbeitet am Projekt «Radio L» weiter. Nun ist ein neues Konzessionsgesuch bei der Regierung eingereicht worden. Xaver Jehle, der sich schon früher um eine Sendekonzession bemühte, aber von der Regierung wegen der fehlenden Darlegung der Finanzierung mit einem negativen Bescheid bedacht wurde, reichte ein neues Gesuch ein. Er möchte einen Radiosender mit drei verschiedenen Programmen errichten: Einmal einen liechtensteinischen Sender, zum anderen ein internationales Programm mit Satelliten-Ausstrahlung über Europa und schliesslich ein Bildungsprogramm mit Verbreitung in Europa und Afrika.

Die Finanzierung der technischen Anlagen über Satellit wird gemäss Gesuch von Xaver Jehle übernommen. Die Finanzierung der Programme soll durch Sponsoring, Werbung und Beiträge erfolgen.

## Hilfe für Berggebiete

Bern (AP) Der Bund hat 1993 in den Berggebieten eine Investitionshilfe von 146 Millionen Franken geleistet. Damit sicherte er die Finanzierung von Projekten im Umfang von 975 Millionen Franken. Die Kantone Bern, Wallis, Tessin und Graubünden profitierten am meisten, wie das BIGA am Freitag mitteilte.

Da mit der Investitionshilfe den Gemeinden und Kantonen kurzfristig Mittel zur Verfügung stehen, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Konjunktur. Im vergangenen Jahr reichten die Berggebiete 387 Investitionshilfesuche ein. Laut Mitteilung BIGA entsprechen diese Gesuche einem Bauvolumen von mehr als 1,1 Milliarden Franken.